Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

31.7.1926 (No. 175)

Visual Library

№ 175 Samstag, den 31. Juli 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Das badische Frankenland als Produktionsgebiet der Grünkerne

Vom Mittellauf des Neckars zwischen der Mündung der Jagst und Neckarelz bis zur Tauber und dem Main zieht eine langgedehnte, wellige Hochfläche, kurzweg das **Bauland** genannt. Kein schiffbarer Fluß oder eine sonstige den Verkehr fördernde natürliche Anlage durchschneidet dieses weite Gebiet im nordöstlichen Zipfel des badischen Landes; nur die Bahnlinie von Mosbach nach Lauda—Wertheim—Würzburg verbindet die Industriezentren am Rhein und Neckar mit dem Maingebiet. Jegliche große Handelsniederlassung oder gar eine ausgedehnte Industrie fehlen diesem Landstrich; nicht umsonst trägt er den Namen „Bauland", die ehrenvolle Bezeichnung als reines Agrargebiet. Sonderbar, schauen wir uns auf der geologischen Karte um, dann finden wir den weiten Landstrich als die **Heimat des Muschelkalks**; erst auf der nordwestlichen Grenzlinie vom Katzenbuckel über Walldürn gegen Wertheim tritt Buntsandstein von Westen her ein.

Wie jede Gegend sich eines Spezialerwerbszweiges erfreut — Schwetzingen und Umgegend bauen Spargel und Hopfen, die Bergstraße ist die Gemüse- und Obstkammer für die Großstädte, die Bühler Gegend liefert ihre Zwetschgen nach dem Ausland u. a. m. — so werfen sich die Bauersleute des badischen Frankenlandes auf die **Grünkernfabrikation.**

Weite Spelzfelder (Dinkel oder Emer) [illegible] im genannten Gebiet aus. Spelz ist hier die ertragreichste Getreideart. Der Reisende auf der Strecke Heidelberg—Würzburg schüttelt bedenklich den Kopf, wenn er die Landleute mit dem Einernten halbreifen Spelzes beschäftigt sieht. Wenn ihm aber ein Mitreisender die Auskunft erteilt, daß aus den Körnern oder besser gesagt, dem Kern der halbreifen Ähren die Grünkerne gewonnen werden, die eine so schmackhafte, nahrhafte Suppe ergeben, dann überzieht ein wohlgefälliges Schmunzeln sein Gesicht, und es läuft ihm das Wasser im Munde zusammen, wenn er an die hochfeine Grünkernsuppe denkt, welche im Franken- und Schwabenland eine gute Zubereitung erfährt. Die anderen Spelzfelder stehen noch in frischem Grün, in der stechenden Sonne, die die milchigen Säfte im Innern der Spelze zu den Körnern umbildet, die uns später das weiße Mehl geben sollen. Der Kern aber, der als Grünkern geerntet werden soll, darf nicht ausreifen, nicht hart werden, sonst ist er zu Grünkern nicht mehr verwendbar; doch ausgewachsen muß er sein. Der Spelz zu Grünkern muß in etwas mehr als halbreifem Zustand bei vollendetem Wachstum geerntet werden.

Langjährige Erfahrung kündet dem Bauersmann den Zeitpunkt der Grünkernernte. In diesem Jahr mit der sondergestaltigen Witterung mußte sich mancher Landmann beeilen, um seine Ernte an Grünkern nach Hause zu bringen, weil die Kerne rasch hart geworden sind. Läßt er den Acker stehen, ist es auch kein großer Schaden; er kann ja den reifen Spelz immerhin noch verkaufen. Die Grünkerne aber bringen gleich Geld ins Haus und erhöhten Erlös.

Doch nun zur Grünkernernte. Wie das reife Getreide, so wird auch der Spelz zu Grünkernen mit der Sense oder Sichel abgemäht. Wer mit der Sichel arbeitet, legt Handvoll um Handvoll auf den Boden, kreuzweise übereinander. Das hat seinen besonderen Grund. Die Ähren müssen vom Halm entfernt, abgerissen werden. Das besorgt der Mann an der Raufe oder Hechel. Diese Hechel ist eine Art Kamm mit aufrecht stehenden eisernen Zähnen, durch welche die Halme rasch gezogen werden. Stehen Kinder zur Verfügung, so müssen diese auf dem Felde mithelfen; sie reichen Handvoll um Handvoll der geschnittenen Halme hin; der Arbeiter reißt sie durch die Hechel, dadurch trennen sich die Ähren von dem Halm und fallen in einen unter der Hechel stehenden Behälter. Dieses Geschäft wird der Einfachheit halber schon auf dem Felde vorgenommen. Das Stroh dörrt auf dem Acker und findet als Streu Verwendung.

Welch großen Umfang die Grünkernernte angenommen hat, ersehen wir am besten aus den statistischen Zahlen. Im Jahre 1924 wurden in Baden 547 Hektar Spelz zu Grünkern verarbeitet. Für den Landwirt ist es verständlicher, wenn die Umrechnung in „Morgen" erfolgt, welches Maß einem Flächeninhalt von 36 ar = 3600 qm entspricht. Diese 547 Hektar sind rund 1500 badische Morgen. (Der Schwetzinger Schloßgarten hat 186 badische Morgen). Aus den genannten Ernteflächen wurden rund 50 000 Zentner Grünkern gewonnen. Für den Zentner erhalten die Erzeuger in diesem Jahre nach einem Bericht aus Dallau 25—30 Mark. Daraus läßt sich leicht errechnen, welche Summen aus dieser Ernte in das Bauland fließen.

Gegenüber dem reifen Spelz erscheint der Preis etwas hoch; doch ist zu bedenken, daß der ausgereifte, harte Spelz ein wesentlich höheres Erträgnis an Körnern liefert, als die noch weicheren Kerne. Der Verlust an Gewicht und die Mehrarbeit bei der Grünkernbereitung verlangen eine gerechte Aufwertung; denn mit dem Einernten des Spelzes zu Grünkernzwecken ist die Arbeit noch nicht vollendet, man kann sogar sagen, die Hauptarbeit beginnt erst, nämlich das **Dörren** oder **Darren.**

Dort, wo der Spelz außergewöhnlich stark angebaut wird, sind in der Nähe des Dorfes oder auf freiem Felde besondere „Darren" erbaut, das sind über 2 Meter im Geviert und einen Meter tief in den Boden eingebaute große Herde aus Feld- oder Hausteinen. Vielfach sind sie mit einem Umbau oder einem Dach versehen, so daß sie einer kleinen Feldscheune gleichen und vor den Unbil- [illegible] unserem Herd aus Steinen. Wir sehen sie in der Gestalt eines durchlöcherten Blechs von ziemlicher Stärke, das aber nicht mit dem oberen Erd- oder Mauerrand des Herdes abschneidet, sondern tief sitzt, damit über der Eisenplatte eine Art Schutzmauer ringsum zieht. Die Feuerung erfolgt von außen durch einen besonderen Feuerkanal, der am Grunde des Bodens in den Herd einmündet. Der so gebildete Röst- oder Darrofen nimmt auf seiner Eisenplatte mehr als zwei Zentner der geernteten Ähren auf, die nun hier den **Röstprozeß** durchmachen müssen, wodurch die noch halbreifen Kerne jene Güte und jenen Geschmack bekommen, der sie als Grünkerne in so reichem Maße auszeichnet.

Zu diesem Zweck wird das Feuer durch den Kanal unter das Sieb und unter die Ähren geleitet, doch so, daß mehr die Hitze als wie das flatternde Feuer die aufgeschütteten Ähren trifft, die einen schwelenden, beißenden Qualm erzeugen. Mit großer Umsicht dreht und wendet der Bauer mittelst einer langen Krücke die ziemlich dichtliegenden Ährenschichten, schützt sie vor dem Versengen und Verbrennen, achtet auf die Stärke des zugeleiteten Feuers, unbekümmert um den Rauch und Qualm, der seinen Augen Tränen entlockt. Verlassen darf er seinen Platz nicht, denn von der Sorgfalt, mit der er hier arbeitet, hängt die Güte und die Vorzüglichkeit der Ware ab, die er auf den Markt bringen möchte. Das kleinste Versäumnis beim Umrühren und Umschütteln oder die zu stark flackernde Flamme können die aufgeschüttete Menge in ihrer Güte beeinflussen. Zwei Stunden lang muß er seine Aufmerksamkeit diesem Röstprozeß zuwenden, bis die Ähren mit den Kernen jenes wundervolle Aroma bekommen haben, das der Kenner an ihnen so schätzt und das den Grünkern in Süd- und Südwestdeutschland so beliebt macht für Suppen und andere Gerichte. Jahrelange Erfahrung steht den mit dem Darren der Ähren betrauten Leuten zur Seite, und die Jungen lernen von ihnen in praktischer Tätigkeit.

Erachtet der Bauer nach öfterer Prüfung der Kerne den Dörrprozeß für genügend, so werden die Ähren von dem Sieb entfernt; ein neues Aufschütten bringt neue Arbeit, bis die ganze Ährenernte in emsigem Schaffen gedörrt ist. Oft erleidet die Arbeit während der Nacht keine Unterbrechung.

Noch stecken aber die Kerne in den Spelzhülsen; deshalb müssen die ganzen Ähren durch das Dreschen in der Scheune auf der Tenne „gebrochen", d. h. zerkleinert werden. Doch auch beim Dreschen fallen die Körner nicht aus den Spelzen. Das besorgt die Mühle, wo der Spelz „geschält" oder „gegerbt" wird, wie der Landmann sagt. Neuerdings schaffen besondere Maschinen diese Arbeit.

Nun sind die Kerne von der sie umhüllenden Spreu getrennt, gereinigt und harren als **Grünkern** der Käufer.

Diese stellen sich dann auch bald in allen Orten ein. Der Klein- und Großkaufmann versorgt sich mit Ware, die Lagerhäuser legen ihr bestimmtes Quantum ein, wenn sie sich nicht schon vorher durch Abschlüsse gesichert haben und in die Nährmittelfabriken wandern ganze Waggonladungen. In den ersten Wochen und Monaten nach erfolgter Ernte sind die Grünkerne am wohlschmeckendsten; sie stehen mit ihrem hohen Gehalt an Eiweiß und Stärkemehl mit an erster Stelle unter den Nährmitteln.

Leider kommen auch gefälschte Fabrikate in den Handel, sehr zum Nachteil der Erzeuger. So erfährt namentlich das aus dem Grünkern gekommene Grünkernmehl vielfache Durchsetzungen von gewissenlosen Fabrikanten. Unsere bekannten reellen Firmen halten darauf, nur gute, reine Ware zu liefern und geben mit ihrem Namen auf der Verpackung Garantie für einwandfreie Ware. Wer aber die ganzen Grünkerne kauft, sie selbst mahlt oder mahlen läßt, ist sicher, daß ihm niemand etwas hineinpfuscht.

Die Fabrikation der Grünkerne ist keine so einfache Sache, wie sich mancher vorstellt. Sie verlangt vielfache Arbeit, Umsicht und Erfahrung, und da jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, gönnen wir den Landwirten den Preis für ihre Ware voll und ganz. Aus kleinen Anfängen entwickelt. Schon vor 100 Jahren stellte man in manchen Gegenden dieses Erzeugnis her, nicht im großen wie heute; der Backofen des Bauernhauses stellte den Röstofen dar, in welchem die Grünkerne ihre Würze erhielten. Heute gibt es auch noch Familien, die ihren Hausbedarf in dem Backofen rösten. Seitdem aber der Handel mit Grünkern einen namhaften Aufschwung genommen hat, hat eine rationellere Arbeitsweise Platz gegriffen, und das badische Frankenland hat sich mit diesem Erwerbszweig einen ehrenvollen Platz in der Reihe der Erzeugnisse für die menschliche Ernährung gesichert.

W. Sigmund.

Zwischenfall auf dem 9. Deutschen Studentenschaftstag

Bei der Begrüßungsfeier des in **Bonn** tagenden 9. Deutschen Studentenschaftstages kam es zu einem **Zwischenfall.** Wie es heißt, hatte die deutsche Studentenschaft das Flaggen mit schwarz-weiß-roten Fahnen, die Bonner Studentenschaft dagegen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen gefordert, worauf die Stadt Bonn angeordnet haben soll, daß das Podium nur mit Pflanzen zu schmücken sei. Vor Beginn des Begrüßungsabends wurde das Seil, an dem die Flaggen befestigt waren, durchschnitten und die Flaggen fielen zu Boden. Da die schwarz-weiß-roten Fahnen nicht wieder aufgezogen wurden, verließen alle Studenten mit Ausnahme der dem republikanischen Studentenkartell angehörenden Studenten den Saal. Die Begrüßungsfeier wurde darauf von den wenigen noch im Saal zurückgebliebenen Studenten fortgesetzt. Es gelang dann, die sich im Vorraum befindlichen Studenten vorübergehend wieder in den Saal zurückzuholen, damit sie die Rede des Vorsitzenden der Studentenschaft mit anhörten. Nach der Rede verließen jedoch alle Studenten mit Ausnahme der republikanisch eingestellten wieder den Saal.

Zur parlamentarischen Lage in Frankreich. Havas zufolge soll die Regierung nicht beabsichtigen, nach Verabschiedung der jetzt vorliegenden Finanzgesetze die Parlamentssession offiziell zu schließen, damit das Parlament evtl. einberufen werden kann, wenn die in Aussicht gestellten **neuen Gesetzentwürfe,** die sich mit der Währungs- und Finanzsanierung beschäftigen, zur Verabschiedung kommen. — Nach dem „Echo de Paris" nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß die Wiedereinberufung etwa Ende September erfolgen wird.

Die Lage in Syrien. Der Pariser „Quotidien" will aus **Smyrna** Mitteilungen erhalten haben, die im Gegensatz zu den offiziellen Mitteilungen stehen. Diesen Mitteilungen zufolge sollen zur Zeit außer dem Djebel Drus der ganze **Staat** Damaskus, das Hauran-Gebiet, die Zone Homs-Hama, der nördliche Libanon, das Bekah-Gebiet und der südöstliche Teil des Libanon sich **im Aufstand befinden.** Außerdem soll im Alamitengebirge eine beunruhigende Agitation im Gange sein. Überdies habe der Wahabitenkönig Ibn Saud mitgeteilt, daß die nordarabischen Stämme dem syrischen **Nationalismus** vollkommen ergeben seien. Das Eingreifen Ibn Sauds mit seinen starken berittenen Truppen, die sehr gut bewaffnet und ebenso tapfer wie die Drusen seien, könne eine ernste Lage schaffen.

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der Bad. Rote-Kreuz-Geldlotterie

Kurze Nachrichten

Anhalt und der Mittellandkanal. Der Haushaltsausschuß des anhaltischen Landtages beschäftigte sich am Freitag mit der beabsichtigten Durchführung des Mittellandkanals, insbesondere mit der Führung eines Stichkanals nach Staßfurt und Leopoldshall. Nach einstündiger Debatte stimmte der Ausschuß dem Entwurfe eines Staatsvertrages mit dem Reiche wegen der Fertigstellung des Kanals zu und ermächtigte das Staatsministerium zum Abschluß des Vertrages.

Deutsch-amerikanische Spende für Hochwasserschäden. Die deutschen, österreichischen und deutsch-ungarischen Vereine in Chicago und Umgegend haben einen größeren Betrag zur Linderung der Not der Hochwassergeschädigten im Rheinland gesammelt. Der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe in Berlin sind 2579 RM. aus dem Ertrag dieser Sammlung zugegangen. Dieser Betrag wurde an 64 besonders bedürftige Familien in Koblenz verteilt.

Sitzung der Botschafterkonferenz. Die **Botschafterkonferenz** hielt am Freitag in **Paris** eine Sitzung ab, in der sie sich, wie der „Temps" berichtet, mit der Erledigung laufender Angelegenheiten und insbesondere mit der Prüfung verschiedener Arbeiten beschäftigte, die die **Entwaffnung Deutschlands** betreffen und die den Gegenstand der kürzlich in Berlin übermittelten Note des Generals Walch bildeten.

Ein französischer Gesetzentwurf gegen die Elsaß-Lothringer. In der französischen Kammersitzung hat der Justizminister am Freitag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der nach dem „Echo de Paris" bezweckt, die Propaganda zu unterdrücken, die darauf ausgeht, einen Teil des französischen Gebietes der Autorität der französischen Regierung zu entziehen. Dieser Gesetzentwurf soll die antifranzösischen Umtriebe im Elsaß unterdrücken.

Verlobung des Königs Boris von Bulgarien. Der Berichterstatter des Reuterschen Büros in Genf erfährt, daß die Verlobung des Königs **Boris** von Bulgarien mit der Prinzessin **Giovanna** von Italien als vollendete Tatsache angesehen wird.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 30. Juli.

Etat des Unterrichtsministeriums

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer)

Unterrichtsminister **Remmele:**

führt im weiteren Verlauf der Freitagvormittagsitzung aus:

Der Abg. Dr. Föhr hat nach dem Schicksal des **Kirchenvermögensgesetzes** gefragt. Wir haben es zurückgezogen, nachdem keine Möglichkeit bestand, es in diesem Sommer zu behandeln. Wir werden das Gesetz voraussichtlich beim Wiederzusammentritt des Landtages erneut vorlegen. Zum Jubiläum der **Simultanschule** am 18. September haben wir die Herren des Ministeriums ersucht, dieses Tages zu gedenken, zwar nicht in einer offiziellen Feier, sondern in Form schriftstellerischen Arbeiten. Das **Realienbuch** ist durch Erlaß vom 28. d. M. für den Unterricht an den Volksschulen **verboten** worden, weil darin die staats- und kulturgeschichtliche Entwicklung nicht die richtige Würdigung erfahren hat. Der Minister ist der Auffassung, es würden allzuviel Bücher für die Schule und die Jugend geschrieben werden. Dissonanzen ließen sich solange nicht vermeiden, als wir nicht auch hier dann den Weggang des Prof. **Fischer** von Freiburg und stellt fest, daß es der Minister keineswegs an Entgegenkommen habe fehlen lassen. Das sei von Prof. Fischer selbst in einem Schreiben an ihn anerkannt worden. Das **Anthropologische Institut** der Kaiser Wilhelms-Gesellschaft nach Freiburg zu verlegen, habe sich als unmöglich herausgestellt.

Der Minister unterbreitet im weiteren Verlauf seiner Rede dem Hause eine Schulstatistik aus der hervorgeht, daß ein großer Teil von Schülern an höheren Lehranstalten angetroffen wurde, die weder gute Begabung, noch eisernen Fleiß mitbrachten. Diese bedeuten für die unteren Klassen einen Ballast, der das allgemeine Niveau herabdrückt. Wir haben in einem Erlaß der letzten Wochen an die höheren Schulleitungen das Ersuchen gerichtet, die **Anforderungen an die Schüler höher zu stellen.**

Zum **Fall Hoche** erklärt der Minister folgendes: Geheimrat Dr. Hoche ist ein Mann von außerordentlich großem Rufe. Wir sind zwar der Meinung, daß der leitende Chefarzt sich intensiver um die Kranken bekümmern muß. Andererseits wird man nicht umhin können, der Auffassung des Herrn Dr. Hoche recht zu geben, daß er in erster Linie und in der Hauptsache die Klinik zu führen hat mit der Zielrichtung, für tüchtigen ärztlichen Nachwuchs zu sorgen. Und hier hat Dr. Hoche Großes geleistet. Der Konstruktionsfehler schien darin zu liegen, daß der zweite Arzt nicht genügend Vollmachten besaß, um den Direktor im praktischen ärztlichen Dienst so zu vertreten, wie man es erwarten muß.

Abg. D. Mayer hat mir sein Mißtrauen ausgesprochen. Ist es politisch gemeint, so habe ich nichts dagegen zu sagen. Es zeigt dies meinen Parteifreunden, daß ich auf dem richtigen Wege bin. Allen Ernstes muß ich aber dagegen protestieren, wenn Herr D. Mayer dieses Mißtrauen auf das konfessionelle Gebiet überführt. Ich habe mich in meiner Schrift nicht mit dem Katholizismus befaßt, sondern untersucht, inwieweit der Vorwurf, daß die sozialdemokratische Fraktion der Gefangene des Zentrums sei, richtig oder falsch ist. Die evangelische Kirche hat gar keinen Anlaß zu einer Beschwerde und zu Mißtrauen. Ich lehne es ab, als Popanz für die evangelische Bevölkerung an die Wand genagelt zu werden. Wie Herr Dr. Mayer dazu kommt, die Frage der Parität aufzuwerfen bleibt mir ein Rätsel. Er hat keine Beweisgründe vorgetragen. Zu dem Abg. D. Mayer gewendet: Sie haben es aus politischn Gründen notwendig gegen diesen Minister, der Ihnen nicht genehm ist, vorzugehen (Zwischenruf des Abg. D. Mayer). Ich bedauere außerordentlich, daß Sie eine politische Angelegenheit vermischen mit konfessionell-religiösen Gedankengängen bei einem Manne, der sich neutral verhält, der nie Anlaß gegeben hat zur Beschwerde. Ich bin stets bemüht gewesen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen wie die im **Haushaltsausschuß vorgelegte** Statistik beweist. Der Abg. D. Mayer wünscht 2 Direktoren im Unterrichtsministerium. Ich kann nur bemerken, daß es gegebenenfalls bei dem Umfang der Geschäfte damit nicht einmal sein Bewenden haben würde.

In bezug auf das **Badische Landestheater** sagte der Minister folgendes: Die Annahme, daß zwischen dem verstorbenen Generalmusikdirektor **Wagner** und den Solisten ein Konflikt bestanden habe, treffe nicht zu. Wahr sei, daß sich in Karlsruhe Kreise von Persönlichkeitn befänden, die früher am Theater tätig waren, die aber hin und wieder eine Art Kritik am Theater übten, die wenig sachlich gehalten und dafür diktiert sei von stark persönlichen Motiven, denen auf die Spur zu kommen nicht leicht sei. So wurde u. a. einem Herrn der Wunsch abgelehnt, das Orchester zu dirigieren. Gleich folgte ein Zeitungsartikel. Das Orchester stehe natürlich in erster Linie im Dienste des Landestheaters. Der Minister ging dann auf den Theaterbetrieb selbst ein und legte dar, daß man dauernd mit **Neueinstudierungen** beschäftigt sei und zwar viel mehr wie die Große Oper in Berlin. Der Spielplan der **Oper** könne sich sehen lassen. Wer meint, er sei unzulänglich gewesen, der ist entweder voreingnommen in seinem Urteil oder ein wenig aufmerksamer Besucher des Theaters. Tatsache sei, daß Wagner trotz seiner jungen Jahre alle, die mit ihm zu tun hatten, mit sich riß und zu höchsten Leistungen anspornte, die schon zu Lebzeiten rückhaltslose Anerkennung gefunden haben. Gegenüber dem **Schauspiel** gelte das gleiche Lob wie für die Oper. Auch hier würden an die Leistungsfähigkeit die größten Anforderungen gestellt. Es werde uns daran gelegen sein, einen größeren Teil von Bürgern als **Dauerabonnenten** für das Theater zu interessieren. Gelingt uns dies und sind die gehaltlichen Angelegenheiten beim Ablauf der Verträge geregelt, so hoffen wir, daß das **kommende Budget des Theaters** ein etwas anderes Gesicht zeigen wird. Die Abgeordneten möchten Vertrauen zu uns haben, zumal es sich bei dem Badischen Landestheater um die Erhaltung des Historisch-Gewordenen handelt.

Abg. Dr. **Obkircher** (DVP.) führte aus, der Abg. Dr. Föhr habe eine scharfe Rede gehalten. Dem **Fall Hoche** könne keine ungerechtere Beurteilung zuteil werden als es aus dem Mund Dr. Föhrs geschah. Der **Tätigkeit des Unterrichtsministers** stehe man objektiv gegenüber, unbeschadet der grundsätzlichen Einstellung zu seiner Person. Die **Doppelverwaltung** zweier Ministerien sei auf die Dauer nicht tragbar. Auch sei es nicht erwünscht, daß die Schulen von einem Vertreter der Sozialdemokratie verwaltet werden. Der Redner ist für weitgehende Freiheit der Kirche, soweit nicht die Lebensinteressen des Staates berührt werden. Toleranz sei in unserem gemischtbevölkerten Lande das erste Gebot. Es sei nur die Frage, von wem sie gestört werde. Der Redner billigt die **Zuschüsse an die Kirchen,** ohne eine Rechtspflicht des Staates anzuerkennen. Auch er ist für den christlichen Charakter des Staates. Im Falle Hoche habe der Abg. Dr. Föhr nicht die nötige Sorgfalt walten lassen und Dinge vorgetragen, die nicht stichhaltig seien. Die **Lasten für die Hochschulen** seien für unser Land außerordentlich schwer. Es muß uns aber daran liegen, diese alten ehrwürdigen Kulturstätten auf dem hohen wissenschaftlichen Stande zu erhalten. Von den Hochschulen und den Mittelschulen müsse Politik unter allen Umständen ferngehalten werden. Der Redner kann nicht finden, daß die Katholiken bei der Besetzung der Professorenstellen benachteiligt würden. Das Reichsbanner habe ausgesprochen parteipolitischen Charakter. Den Schülern müßte die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen rundweg verboten werden. Auch wir sind dafür, daß der Geschichtsunterricht absolut objektiv erteilt wird. Den **Farben schwarz-rot-gold** müßte, weil verfassungsmäßig, die **gebührende Achtung** entgegengebracht werden, nicht minder aber auch der Flagge schwarz-weiß-rot, die in der Verfassung gleichfalls als Handelsflagge verankert sei. Der Redner schloß, die Ausführungen des Abg. Dr. Föhr hätten gezeigt, wie berechtigt die Haltung der Deutschen Volkspartei in bezug auf die Simultanschule beim Lehrerbildungsgesetz gewesen sei.

Weiterberatung nachmittags 4 Uhr. Schluß ½2 Uhr.

*

DZ. **Karlsruhe**, den 30. Juli 1926.

Die Tribüne ist dicht besetzt, hauptsächlich von Lehrern.

Vor der Weiterberatung des

Etats des Kultus und Unterrichts

berichtet

Abg. **Rückert** (Soz.) über die heutigen Ausschußverhandlungen, die das Ergebnis hatten, daß die **Gewerbe- und Handelsschulassessoren** wieder, wie im Staatsvoranschlag ursprünglich vorgesehen war, in Gruppe X eingereiht werden.

Als nächster Parteiredner spricht

Abg. **Hofheinz** (Dem.), der betont, daß weltanschauliche Auseinandersetzungen in einem Staate niemals ganz verschwinden würden, zumal bei einer konfessionell so zerklüfteten Bevölkerung wie bei uns in Deutschland. Für die Stellung der demokratischen Partei zum Konfessionalismus und staatlichen Bildungswesen zitiert der Redner den verstorbenen Kieler Universitätsprofessor Dr. **Baumgarten.** Es sei nicht richtig, daß die **Simultanschule** zwangsweise eingeführt worden sei; sie sei vielmehr das Werk eines Gesetzgebungsaktes. Durch die Simultanschule habe bisher sicher niemand Schaden an seiner Seele gelitten. Der Redner bezeichnet unser Schulwesen als wohlgegliedert und wohlgeordnet. Immerhin sei eine **Durchorganisierung des Bildungswesens** von unten bis oben wünschenswert. Um ihm eine einheitliche Richtung zu geben, fordern wir ein **Reichsschulgesetz** unter voller Wahrung der Selbständigkeit der Länder.

Erfreulicherweise konnten unsere **Hochschulen** auf der Höhe gehalten werden. Abg. Hofheinz lenkt den Blick auf dringliche bauliche Herstellungen in Heidelberg. In der Einstellung der Hochschulprofessoren und akademischen Jugend zum neuen Staate sei eine merkliche Besserung festzustellen. Für die **Handelshochschule Mannheim** wünscht er Einräumung größerer Rechte. Unser höheres Schulwesen kranke daran, daß es dem flachen Lande zu wenig zugänglich ist. Von besonderer Bedeutung für unsere Wirtschaft seien die **Fachschulen,** die in den letzten Jahren eien erfreuliche Förderung erfahren hätten. In ihrem Kern sollten sie den höheren Lehranstalten zugeführt werden, wenigstens soweit die Vorbildung der Lehrkräfte in Frage kommt. Hohes Lob verdienten die Anstalten zur **Erziehung nichtvollsinniger Kinder.** Dort werde ein ungeahntes Maß von Liebestätigkeit entfaltet. Der badischen Regelung der **Lehrerbildung** stehen wir nach wie vor ablehnend gegenüber. Bedauerlich sei die Einrichtung des Vorkurses in der ersten Anstalt und die Aufnahme von Nichtabiturienten. Die Schule soll ein Objekt der Fürsorge aller politischen Parteien sein, kein politischer Zankapfel. Nur dann werde sie ihre hohe Aufgabe erfüllen können. Wir wollen die bestmöglichste Zusammenarbeit im Schulganzen. Die Halbtagsschule sei kein Ideal. Zu begrüßen sei die Fertigstellung des **neuen Volksschullesebuches.** Wir danken allen Mitarbeitern unter Führung des Landtagspräsidenten für die Lösung ihrer schwierigen Aufgabe. Das **Realienbuch** sei ausgezeichnet geschrieben und man müsse hoffen daß es nach seiner Umarbeitung wieder Verwendung in der Volksschule findet. Im Interesse des Verlags stelle er, der Redner, fest, daß dem Buche keinerlei Tendenz zugrundeliegt.

Abg. **Schreck** (Komm.) meint, aus dem Kultusetat atme der Geist des Mittelalters. Wer die religiöse Unterweisung seiner Kinder wolle, solle die Kosten selber tragen. Die Kommunisten forderten Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule. Im Vergleiche zu den Hochschulen seien die Aufwendungen für die Volksschule außerordentlich gering. Der Redner ist für die Einheitsschule mit 8 Schuljahren. Die Klassenfrequenz sei zu groß. Die Elternbeiräte müßten auch in der Volksschule eingeführt werden. Kein Arbeiter brächte es fertig, seinen Sohn, seine Tochter auf eine Hochschule zu bringen. Diese sei das Privileg der besitzenden Klassen

Unterrichtsminister **Remmele:**

Die Hochschulwünsche **Heidelbergs** sind berechtigt; doch wird ihre Durchführung in den nächsten Jahren kaum möglich sein. Die **Handelshochschule Mannheim** auf Staatskosten zu übernehmen, ist das Land nicht in der Lage. Die Regierung ist bemüht, neben den beiden Aufbaurealschulen in **Lahr** und **Tauberbischofsheim,** solche in **Ettlingen** und **Donaueschingen** zu errichten. Ob wir damit auf dem richtigen Wege sind, ist **noch** nicht entschieden. Die Erfolge, die das Lehrpersonal in den Anstalten für nichtvollsinnige Kinder unter beispiellosen Opfern erzielt hat, sind höchst erfreulich. In **Karlsruhe** hat man Hauptkurs und Vorkurs der **Lehrerbildungsanstalt** gemeinsam eingerichtet, um Erfahrungen zu sammeln. Nach dem Stand vom 19. April 1926 entfallen auf die 6461 Lehrer pro Kopf durchschnittlich 40,7 Schüler.

Das **Realienbuch** wird nochmals einer Prüfung unterzogen. Es besteht nicht die Absicht, das Verbot aufrechtzuerhalten, wenn die nötigen Korrekturen vorgenommen sind. Im Interesse der armen Kinder dürften die **Schülerausflüge** nicht übertrieben werden. Gelegentlich hätten auch Wanderungen im Sinne der körperlichen Ertüchtigung stattgefunden, die über das zulässige Maß hinausgingen. Wir haben einen Erlaß hinausgegeben, wonach die Stadtschulämter auch Wanderungen von mehr als einem Tag zulassen können, wenn sie den Eltern nicht allzugroße Kosten verursachen. Uns ist in den letzten 2 Jahren nichts bekannt geworden, daß bei **Berufung von Hochschulprofessoren** politische Motive eine Rolle gespielt hätten. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß das katholische Bekenntnis kein Grund zur Nichtberufung sein darf. Es ist zuzugeben, daß keine Beschwerde erhoben wurde. Wir sind im Benehmen mit den Hochschulen bestrebt, diese vor politischen Auseinandersetzungen zu bewahren. Das Vorschlagsrecht der Senate werde geachtet. Der Minister kommt dann auf das Vorgehen gegen den **Jungdeutschen Orden** zu sprechen. Er stellt fest, daß die derzeitige Führung des Jungdeutschen Ordens sich bemüht, diesen aus dem politischen Streit, aus der rechtsextremen Orientierung, herauszuführen. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß wir viele bedauerliche Vorkommnisse zurückzuführen haben auf diese Mitgliedschaft. Daß es notwendig war hier zu bremsen, zeigen die Vorfälle in **Konstanz** und **Donaueschingen.** Bis zur Gründung des **Reichsbanners** bestand in Deutschland eine Atmosphäre, die den Anschein erweckte, als ob es überzeugte Anhänger der republikanischen Staatsform nicht gebe. (Zwischenruf des Abg. Bauer. Zurufe seitens der Sozialdemokraten: **Es ist so!**). Die Organisation des Reichsbanners erbrachte den Beweis, daß **das Wort Republik kein leerer Schall** ist, daß es vielmehr Menschen mit republikanischem Herzen gibt, auf die sich eine Regierung stützen kann.

Der Minister beschäftigt sich weiter mit der **Schulordnung** und wirft angesichts des **Andranges** zum **Vorstudium** die warnende Frage auf: Wo sollen die vielen akademisch gebildeten Menschen untergebracht werden? Es besteht die Gefahr eines **akademischen Proletariertums.** Da ist die Frage der richtigen Auslese ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft ungeheuer wichtig. Wer aber studiert hat, stellt höhere Ansprüche. Und da spielt wieder mit die **Steuerkraft des Volkes,** das doch die Beamtenschaft bezahlen muß. Der Minister weist ferner darauf hin, daß für alle möglichen Sparten heute das Abitur verlangt werde und wendet sich alsdann dem **Lehrerbildungsgesetz** zu, wobei er entschieden bestreitet, daß dieses einen Bruch mit der **Simultanschule** bedeutet. Er unterstreicht seine persönliche und die Auffassung der Unterrichtsverwaltung, daß es ihnen ferngelegen habe, etwa eine erste Sprengbombe an die Simultanschule zu legen. In meiner Broschüre setzte ich auseinander, was wirtschaftlich zu ertragen und politisch zu erreichen war. Hätte das Zentrum die politische Macht, so würde es selbstverständlich seine schulpolitischen Forderungen durchzusetzen versuchen. Dasselbe würden die Sozialdemokraten tun und hier ginge es zweifelsohne im Widerspruch gegen das Zentrum aber auch gegen die Deutsche Volkspartei. Der Minister frägt zum Schlusse, wo denn sein persönliches Verschulden auf konfessionellem Gebiete liege. Nur mit einer gradlinigen **Personalpolitik** könne er sein Amt führen und diese habe er eingehalten.

Um ¾8 Uhr stellt der Präsident zur Abstimmung, ob eine **Nachtsitzung** abgehalten werden soll.

21 Abgeordnete stimmen dafür, 21 dagegen, so daß der Präsident den Ausschlag gibt und zwar zugunsten einer Nachtsitzung; deren Beginn wird auf 8¼ Uhr anberaumt.

Die Landtagsjournalisten stellen ihre Tätigkeit ein.

*

(Nachtsitzung)

DZ. **Karlsruhe**, den 30. Juli 1926

Die noch gemeldeten Redner verzichten auf das Wort, so daß die allgemeine Aussprache geschlossen werden kann.

In der

Einzelberatung

stellt

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) die sachgemäße Verwaltung zweier Ministerien durch Herrn **Remmele** fest, was um so anerkennenswerter sei, als der Minister aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen sei und die wichtigen Materien voll beherrsche. Der Redner beschäftigt sich dann mit der **Paritätsfrage an den Hochschulen** und mit dem Fall Hoche. Es gebe nicht nur eine Rücksichtnahme auf die psychiatrische Klinik, sondern auch eine Rücksichtnahme auf die Patienten. Und das habe den Abg. Dr. Föhr zu seinen Darlegungen bestimmt. Den **Mittelschülern** sollte die Beteiligung an der Politik überhaupt untersagt werden. So wie der Abg. Dr. Obkircher die Auslassungen des Abg. Dr. Föhr in bezug auf die **Simultanschule** aufgefaßt hat, waren sie nicht gemeint. Seine Sorgen möge die Tatsache zerstreuen, daß hier im Hause nur 28 Gegner der Simultanschule, dagegen 44 Anhänger sitzen. In der hohen Wertschätzung der Hochschulen und unseres gesam-

Bad Homburg für Magen-, Darm-, Stoffwechsel und Herzleiden **Park-Sanatorium** phys.-diätet. Kurmittel, Röntgeninstitut, schwed. Heilgymnastik und Massage. Direkte Zuleitung der kohlensauren Quellen in das Haus.

ten Schulwesens waren wir alle einig. Auch in den Parlamenten muß der Schulfriede möglich sein.

Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (Bürg. Vgg.): Der Minister geht auf falschen Wegen. Er will von mir Einzelheiten. Ich gehe aber von Gesamterwägungen aus. Der Redner unterstreicht nochmals den am Vormittag eingenommenen Standpunkt, der seine Partei veranlasse, gegen das Ministergehalt zu stimmen.

Minister **Remmele** entgegnet, aus seiner Broschüre auf eine Mißachtung oder ungenügende Rücksichtnahme auf den evangelischen Bevölkerungsteil zu schließen, das sei eine abwägige Betrachtungsweise. Nichts liege ihm ferner als dies.

Abg. Dr. **Engler** (Soz.) führt aus, man wisse nicht, was gekommen wäre, wenn nicht das **Reichsbanner** auf der Bildfläche erschienen wäre. Die Polemik gegen den Abg. D. Mayer ist von öfteren Zwischenrufen begleitet. Die Haltung des Ministers bei Besetzung der Pforzheimer Direktorenposten billigen wir.

Nach weiteren Auseinandersetzungen der Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.), D. **Mayer-Karlsruhe** (B. Vgg. und Dr. **Engler** (S.), sowie einer kurzen Erklärung des Ministers wird Titel I genehmigt (darunter das Aufwendungsgeld des Ministers von monatlich 400 M.) und zwar mit 40 gegen 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Beim

Kultusetat

begründet

Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) einen Antrag, die Anforderung betr. Zusätzliche Erhöhung zur **Aufbesserung** des Diensteinkommens der **altkatholischen** Pfarrer mit 9000 RM wieder herzustellen.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürg. Vgg.) verweist ebenfalls auf die mißliche Lage der altkatholischen Religionsgemeinschaft und bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. **Maier-Heidelberg** (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion dem Antrag beitrete, um das gleichmäßige Verhältnis von früher wieder herzustellen. Dies geschehe unbeschadet der grundsätzlichen Einstellung zu den Dotationen.

Der Antrag wird bei Stimmengleichheit (25 gegen 25 Stimmen) und Stimmentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Der **Kultusetat** findet darauf mit 38 gegen 8 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen **Annahme.**

Bei Titel III

Unterrichtswesen

empfiehlt

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürg. Vgg.) die drei badischen Hochschulen der sorgsamen Hut der Regierung. Er vertritt insbesondere die Interessen Heidelbergs.

Abg. **Marxloff** (Soz.) kommt nochmals auf den Fall Hoche-Degen zu sprechen und begrüßt dessen restlose Aufklärung. Prof. Dr. Hoche habe zu den laut gewordenen Klagen eine etwas eigentümliche kaltherzige Haltung eingenommen. Notwendig scheine eine Revision der Irrenfürsorge zu sein. — Die Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (Bürg. Vgg.) und Dr. **Obkircher** (D. Vpt.) verteidigen Geheimrat Dr. Hoche gegen die ihm gemachten Vorwürfe, von denen nichts übrig geblieben sei.

Eine große Reihe Positionen passieren ohne Debatte. — Dazu gestellte Anträge der Kommunisten werden abgelehnt.

Abg. Frl. **Beyerle** (Ztr.) trägt verschiedene Wünsche über die Ausgestaltung der **Lehrerbildung** vor. Dem Ausbau der Frauenschulen sollte die größte Sorgfalt zugewendet werden. Die Rednerin gibt verschiedene Anregungen für Schulung und Erziehung der Mädchen.

Um 11 Uhr wird ein Vertagungsantrag der Kommunisten **abgelehnt.**

Nach debatteloser Genehmigung einer Anzahl weiterer Positionen macht

Abg. **Marxloff** (Soz.) auf ein neues italienisches Schulsystem aufmerksam. Er tritt ferner für Beseitigung des Züchtigungsrechtes auch in der **Volksschule** ein.

Abg. Frl. **Beyerle** (Ztr.) hegt Wünsche in bezug auf die Lehrerkonferenzen.

Abg. Frau **Richter** (Bürg. Vgg.) behandelt das Gebiet der Ausbildung der Handarbeitslehrerinnen.

Die zum Volkschulwesen gestellten kommunistischen Anträge werden gleichfalls **abgelehnt.**

Die Ausgaben im Ordentlichen Etat werden bewilligt ebenso jene im Außerordentlichen Etat und sodann der ganze Titel III.

Bei Titel IV

Wissenschaft und Künste

wird ein Antrag des Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) auf Aussetzung des Abschnittes 12 — **Landestheater** — mit 28 gegen 22 Stimmen **abgelehnt.**

Abg. **Bauer** (D. Vpt.) beantragt bei dieser Position die Streichung von 100 000 M. persönlichen und 50 000 M. sachlichen Aufwandes. Der Zuschußbedarf für das **Landestheater** sei zu groß und für die Stadt Karlsruhe nicht mehr tragbar. Der Redner erwägt im Interesse der Ersparnis den Zusammenschluß der drei Theaterstädte Mannheim Karlsruhe und Baden-Baden.

Minister **Remmele:** Wir haben uns durch Abstriche wesentlicher Art bemüht, den Etat aufs engste zu beschränken. Ich bedauere, zu den Darlegungen des Abg. Bauer der Zeit wegen nicht mehr Stellung nehmen zu können. Nur das eine möchte ich sagen, daß man hier an den schlechtest entlohnteſten Kräften sparen will.

Abg. **Ritter** (Komm.) bekämpft den Antrag, der sich zum Nachteil der unteren Beamten und Angestellten auswirken müßte.

Abg. **Bauer** (D. Vpt.) meint, man solle an den größeren Gagen sparen.

Gegen 12¼ Uhr stellen die Kommunisten erneut einen Vertagungsantrag, der bei Stimmengleichheit (28 gegen 28) und Stimmentscheid des Präsidenten abgelehnt wird.

Der Antrag **Bauer** fällt mit 29 gegen 12 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. — Die angeforderte Summe wird bewilligt und ein Ausschußantrag angenommen, wonach die Regierung mit der **Stadtgemeinde Karlsruhe** über den bestehenden Landestheatervertrag unverzüglich in **Verhandlungen** eintreten soll mit dem Ziel einer **Ermäßigung des Ausfallzuschusses** von seiten des Staates unter Festlegung desselben auf einen sehstbezifferten Höchstbetrag. Über das Resultat soll dem Landtag beim Wiederzusammentritt im November Mitteilung gemacht werden. Nach Ablehnung des Antrages Bauer zieht Abg. Dr. **Obkircher** (D. Vpt.) seinen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses von 50 000 M. an das Stadttheater **Freiburg** zurück.

Die restlichen Anforderungen des Titels Wissenschaft und Künste werden ohne Debatte erledigt, ebenso Titel V „Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen" und die gesamten Einnahmenpositionen.

Der **ganze Etat des Kultus und Unterrichts** wird alsdann mit 30 gegen 8 kommunistische Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen der Bürgerl. Vereinigung **angenommen.** Hinsichtlich der verschiedenen Eingaben beschließt das Haus im Sinne des Ausschußantrages.

Nächste Sitzung: Montag Nachmittag ¾4 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß ¾1 Uhr nachts.

*

Besichtigung des Schwarzenbachwerkes durch den Landtag

Der Finanzminister Dr. **Köhler** hat für den kommenden Dienstag, den 3. August, den Badischen Landtag zu einer Besichtigung des Murg- und nunmehr fertiggestellten Schwarzenbachwerkes eingeladen.

Verfassungsfeier in Karlsruhe

Das badische Staatsministerium veranstaltet auch in diesem Jahre, gemeinsam mit der Stadtverwaltung Karlsruhe, am Verfassungstage, Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr im großen Saal der Festhalle eine **Verfassungsfeier,** deren Programm noch bekanntgegeben wird. Bei günstiger Witterung ist, anschließend an den Festakt, im Stadtgarten ein Gartenfest größeren Stils mit bengalischer Beleuchtung geplant. Bei ungünstiger Witterung wird eine entsprechende Veranstaltung im großen Saal der Festhalle stattfinden.

Abhaltung von Obstmärkten

In der Vorkriegszeit wurden bekanntlich in den größeren Städten Badens, wie Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg usw., alljährlich im Herbst Obstmärkte abgehalten. Diese boten dem Erzeuger die Möglichkeit, sein Winterobst an den Mann zu bringen, und der städtische Verbraucher hatte Gelegenheit, seinen Bedarf an Wirtschafts- oder Tafelobst direkt vom Obstbauer zu beziehen und seine Auswahl nach Belieben zu decken. Diese Einrichtung erfreute sich damals allgemein großer Beliebtheit. Sie soll deshalb in diesem Jahre erstmals wieder zur Durchführung kommen. Wie in den Vorkriegsjahren, so ist es auch in diesem Jahre die Badische Landwirtschaftskammer, die die Durchführung dieser Märkte übernehmen will. Als Zeitpunkt für die Abhaltung ist Ende September, Anfang Oktober vorgesehen.

Zum Lohnstreit in der badischen Textilindustrie

DZ. **Ettlingen,** 30. Juli. Der Lohnstreit der Textilarbeiter des Albtales mit der Badischen Baumwoll-Spinnerei und -Weberei Neurod Aktiengesellschaft, stand zur heutigen Verhandlung vor dem **Schlichtungsausschuß.** Dieser vertagte die Verhandlungen und gab den Parteien auf, am Montag, den 2. August, erneut in Verhandlungen über die Streitfragen einzutreten. Sollte keine Einigung erzielt werden, so wird der Schlichtungsausschuß im Laufe der nächsten Woche eine Entscheidung fällen.

Zum Schiedsspruch in der Schmuckwarenindustrie

DZ. **Pforzheim,** 31. Juli. Die Vertrauensleute der vier Metallarbeiterverbände haben gegen eine erhebliche Minderheit den Schiedsspruch in der Schmuckwareninduſtrie angenommen.

Schwefelbad Schinznach

Soweit es sich übersehen läßt, war bisher der Besuch der Kurplätze Zentraleuropas durchweg erheblich schlechter als im vorigen Jahr. In Bad Schinznach (Aargau) hat der Besuch **zugenommen.** Das dürfte auf die neuerdings bei Ärzten und Publikum platzgreifende Erkenntnis zurückzuführen sein, die allerdings bei den alten Römern und vielen Naturvölkern ein Gemeinplatz ist, daß nämlich eine ganze Reihe scheinbar verschiedener Krankheiten letzten Endes auf Störungen des Stoffwechsels zurückzuführen sind. Die Schwefelquellen aber werden als eines der wichtigsten Mittel zur **Umstellung des Stoffwechsels** angesprochen. Daher auch die Vielheit der Krankheiten, für die sich die Schwefelquellen anpreisen. Die Steigerung des Besuches in Bad Schinznach ist hauptsächlich auf Zuzug aus Amerika, aus England und aus Deutschland zurückzuführen. Es fällt auf, daß die Engländer — unter ihnen z. B. der Schwiegervater der englischen Königstochter mit Familie — das Schweizer Bad aufsuchen, obwohl sie im eigenen Lande große Schwefelbäder haben. Unter den Besuchern ist auffallend, daß sich ein erheblicher Prozentsatz **aus Ärzten** zusammensetzt. Sie haben eben die Bedeutung des Stoffwechsels für alle möglichen Krankheiten (z. B. Hautkrankheiten, Gicht, gewisse Wunden, Wucherungen der Rachenmandeln usw.) und ihre Beeinflußbarkeit durch den Schwefel als erste erkannt, während die gleiche Kenntnis im Publikum erst langsamer Platz greift.

Aus der Landeshauptstadt

Beurlaubung. Der Präsident der hiesigen Oberpostdirektion, **Laemmlein,** tritt am 2. August einen dreiwöchigen Erholungsurlaub an.

Musterjugendherbergen im Bild. Die badischen Jugendherbergen haben im Schaufenster der Buchhandlung Müller und Gräff am Marktplatz ein Modell des Jugendferienheims in Überlingen am Bodensee ausgestellt. Es wird allen Freunden der Jugend und des Wanderns geraten, sich diese Musterjugendherberge, die anfangs August dem Betriebe übergeben wird, anzusehen. Beitrittserklärungen zu den Ortsgruppen der Badischen Jugendherbergen und Spenden werden bei der Buchhandlung Müller und Gräff entgegengenommen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß der Randwirbel des immer noch mit seinem Zentrum über Polen liegenden Tiefdruckgebietes ist das Wetter im allgemeinen trüb, kühl und zeitweise regnerisch geblieben. Das westliche Hoch hat seinen Kern nordwärts verlegt, doch hat es auch ostwärts an Ausdehnung gewonnen. Über England ist Aufheiterung erfolgt; in Frankreich trat nach einer meist heiteren Nacht in den Morgenstunden neblige Trübung ein. Da der hohe Druck voraussichtlich auch bei uns einigen Einfluß erlangen wird, ist mit einer langsam fortschreitenden Aufheiterung zu rechnen. **Prognose:** Langsam fortschreitende Aufheiterung, meist trocken, tagsüber etwas wärmer.

Kurze Nachrichten aus Baden

WTB. **Mannheim,** 30. Juli. Entgegen einer Blättermeldung erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die **Firma Lanz** die **Entlassung** von 1500 Arbeitern **für den Winter** ins Auge faßt, falls sich die Konjunktur bis dahin nicht vollständig ändern sollte. Von einer Entlassung von 1500 Arbeitern in den nächsten Tagen könne keine Rede sein.

DZ. **Freiburg i. Br.,** 30. Juli. Nach Beendigung der Vorarbeiten zu der **neuen Überführung** in der **Ravennaschlucht** ist dieser Tage mit dem eigentlichen Bau begonnen worden, und zwar wurde der Bau der Firma F. X. Sichler und der Freiburger Baugesellschaft G. m. b. H. übertragen. Die Kosten des Baues werden sich auf ungefähr 2 Mill. M. belaufen. Die Bauzeit dürfte 1½ Jahre dauern.

DZ. **Mergentheim,** 30. Juli. An den Herbstmanövern der Reichswehr, die sich bekanntlich im September in der hiesigen Gegend abspielen werden, wird, wie die „Tauberzeitung" hört, außer dem Chef der Heeresleitung, General v. **Seeckt,** auch Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** teilnehmen.

Bücheranzeige

Sinclair Gluck: Der goldene Panther, Roman (Verlag Dürr & Weber, Berlin SW. 48. In Ganzleinen 5.—.) — Der goldene Panther ist das Erkennungszeichen der Geheimpolizei der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und diese ganze gewaltige Organisation ist auf der Jagd nach einer mysteriösen Verbindung von Verbrechern und Rauschgiftschmugglern, an deren Spitze ein Russe steht, der „Kaiser", wie er sich von den Seinen nennen läßt. Zum ersten Mal wird deutschen Lesern hier gezeigt, was viele dieser „Obersten Fünfhundert" Newyorks treiben, wie sie ihr Leben leben. Ein atemloses Tempo ist in diesem Buch.

Verschiedenes

Großflugzeuge der Deutschen Lufthansa am Baikalsee

Die zwei Großverkehrsflugzeuge der Deutschen Lufthansa, die am 24. Juli mitternachts auf dem Tempelhofer Flugfelde gestartet waren, sind auf ihrem Fluge über Königsberg, Moskau nach Überquerung des Urals nach in Berlin eingetroffenen Meldungen Freitag nachmittag 4.30 Uhr in **Irkutsk** am Baikalsee gelandet. Die gesamte Reisezeit des als Zuverlässigkeitsflug geplant gewesenen Fluges, der Erfahrungen für einen dereinstigen **transsibirischen Luftverkehr** ergeben sollte, beträgt 5½ Tage trotz eines eintägigen Aufenthaltes am Ural, der zu Studienzwecken benutzt wurde. Die zurückgelegte Strecke beträgt 6700 Kilometer. Mit der Ankunft am Baikalsee ist das vorläufige Ziel der Expedition erreicht.

Universität Köln. Das Winter-Semester 1926/27 beginnt am 15. Oktober. Vorlesungsbeginn: 2. November. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Voreinsendung von 0,60 M. und 0,10 M. Porto bezogen werden.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Kanzleigehilfe Wilhelm **Huber** beim Oberlandesgericht zum Kanzleiassistenten.

Versetzt:

Justizobersekretär Eugen **Hollritt** beim Notariat Bühl zum Amtsgericht daselbst, Justizassistent Robert **Schreck** beim Notariat Rickenbach zum Notariat Überlingen.

Zuruhegesetzt:

bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Gerichtsvollzieher Jakob **Keitel** beim Amtsgericht Achern.

Unserer heutigen Nummer liegt die **Offizielle Gewinnliste der Bad. Rote-Kreuz-Geldlotterie** bei, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

TH. & O. HESSIG

Beton- und Eisenbetonbau
Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen

Spezialität:

Soliditit-Betonstraßenbau D. R. P.

KARLSRUHE i. B.
Hirschstr. 40 / Telephon 105
Gegründet 1878 F536

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In **Palmbach** ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. H.194

Sperrbezirk ist die Gemeinde Palmbach.

Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Grünwettersbach.

Die **Gefahrenzone** umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises.

Karlsruhe, den 29. Juli 1926. O.-Z. 162.
Bezirksamt Abt. II b.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in **Knielingen** ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. H.195

Karlsruhe, den 29. Juli 1926. O.-Z. 163.
Bezirksamt Abt. II b.

In Kürze erscheint:

1. Das bad. Gebäudesondersteuergesetz nebst den Vollzugsbestimmungen,
IV. Auflage nach dem Stand vom 15. Juli 1926,

2. Berechnungstabelle über die Gebäudesondersteuer für d. Rechnungsjahr 1926,
IV. Auflage. F.581

E. Kramer, Ratschreiber in **Wiesloch.**

NOG

Kartei- und Aktenablage-Einrichtungen für Stadtverwaltungen sind unsere Spezialität

Wir lieferten viele hundert Anlagen an Wahl-, Melde- und Wohlfahrtsämter, Städt. Werke, Gewerbe-, Arbeitsämter usw.

Neue Organisations-Gesellschaft

Mannheim D. 1. 4., am Paradeplatz

Größte süddeutsche Spezialfabrik

F.584

Städtische Sparkasse Wiesloch

Öffentliche Sparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1925

Aktiva		RM
1. Barbestand		33 643.80
2. Verwaltungsgebäude		20 000.—
3. Darlehen:		
a. Darlehen geg. Hypothek	194 240.92	
b. Wertpapiere	90.50	
c. Schuldscheindarlehen	212 039.49	
d. Darlehen in lauf. Rechnung	435 134.79	
e. Wechseldarlehen	32 441.21	873 946.91
4. Einnahmerückstände		15 663.39
5. Gerätschaften		2 527.10
		945 781.20

Passiva	RM
1. Guthaben der Einleger	738 863.10
2. Anlehenskapitalien	65 000.—
3. Sonstige Kapitalschulden	42 690.23
4. Rücklagen von früheren Jahren	63 615.87
5. Ausgaberückstände	1 388.81
6. Geschäftsgewinn	34 223.19
	945 781.20

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	RM
1. Zinsen für Einlagen	42 532.48
2. Zinsen und Kosten für andere Schuldner	16 125.20
3. Verwaltungsaufwand	33 896.60
4. Sonstige Ausgaben	703.31
5. Ausgaberückstände	1 383.—
6. Reingewinn d. Jahres 1925	34 223.19
	128 863.78

Haben	RM
1. Zinsen von Kapitalien	123 561.48
2. Ertrag von Grundstücken	1 724.70
3. Sonstige Einnahmen	1 051.50
4. Fahrnisse	2 526.10
	128 863.78

Wiesloch, den 12. Juli 1926. H.181

Der Verwaltungsrat: gez. Dr. Gröppler. **Der Geschäftsleiter:** gez. Th. Schropp.

Universität Köln

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vorklinische Semester) und Philosophische Fakultät. Kaufmännisches und Handelslehrerstudium, Verwaltungs-Hochschulstudium, Frauen-Hochschulstudium.
Vorlesungsbeginn: **2. November.** Die Einschreibefrist läuft vom 15. Oktober bis 5. November. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Voreinsendung von 0.60 M. (dazu Porto 0.10 M.) bezogen werden. F.561

Wichtig für Architekten, Behörden usw.!

„THERMOS"

Zentralheizungs-Bauanst. Karlsruhe **Jos. Schwarz**
Georg-Friedrichstraße 15 Fernsprecher Nr. 546

Wir empfehlen uns besonders für Ausführung des neuen Systems von Zentralheizungsanlagen

(Dampfwasserheizungen)

spez. für Großraumheizungen. In diesem System wirkt die allgemeine Anlage als Niederdruck-Dampfheizung, wogegen die in den Räumen gewünschten Radiatoren, bezw. Heizkörper sich als Warmwasserheizungsanlage auswirken F.505

Große Ersparnis der Anlagekosten, größte Ausnützung der Gesamtanlage

Kostenlose Anfertigung von Entwürfen und Kostenvoranschlägen auf Wunsch, und zwar für große Mietswohnhäuser, Krankenhäuser, Bürogebäude, Fabriken und für Fernheizungen ganzer Straßenzüge.

H.186. **Wolfach.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau **Kaufmann Xaver Schwendemann, Witwe,** in Steinach wurde nach rechtskräftig bestätigt. Zwangsvergleich aufgehoben.

Wolfach, 24. Juli 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

H.187. **Wolfach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Joh. Dl. Ziegler** in Schiltach wurde Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf: **Freitag, den 27. August 1926, vormittags 9 Uhr** vor das Amtsgericht Wolfach, Zimmer Nr. 4, bestimmt.

Wolfach, 26. Juli 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.

H.184. **Baden. Rudolf Riezinger,** Drechsler in Baden für sich und seine Ehefrau **Marie geb. Bott** hat das Aufgebot des heimbezahlten, aber nicht zurückgegebenen Hypothekenbriefs des Grundbuchamts Baden vom 24. Juli 1902 über die im Grundbuch Baden Band 47, Heft 468, III. Abtl., Nr. 7 auf dem Grundstück Lgb. Nr. 111, der Gemarkung Baden, Steinstr. Nr. 6, zugunsten der **Frau** Liborius Kuner, Schutzmann, Ww., Karoline geb. Thom hier eingetragene Briefhypothek von 3500 Papiermark mit 5 % Zinsen beantragt.

Die Hypothekengläubigerin Frau Kuner Witwe ist verstorben; deren Erbin und Rechtsnachfolgerin Irene Karoline Kuner ist unbekannten Aufenthalts.

Der Inhaber der Urkunde wird **aufgefordert,** spätestens in dem auf **Mittwoch, den 9. Februar 1927, vormittags 9 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 19, anberaumten **Aufgebotstermin** seine **Rechte** anzumelden und **die Urkunde** vorzulegen, **widrigenfalls** die **Kraftloserklärung** der Urkunde erfolgen wird.

Baden, 20. Juli 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

H.185. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Martin Schön in Karlsruhe wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe, 27. Juli 1926.
Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts A. 5.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. G.343

4% Schuldverschreibungen von 1911 der vormaligen Oberrheinischen Eisenbahn-Gesellschaft A.-G., Mannheim.

1. Auf Grund des § 44 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 gebe ich bekannt, daß das den Inhabern von Schuldverschreibungen, die von mir als Altbesitz anerkannt wurden, zustehende **Genußrecht durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Genußscheinen** erfüllt wird. Es entfällt:

auf eine Schuldverschreibung im Nennwert von 2000 PM. ein Genußschein von 200 RM.

auf eine Schuldverschreibung im Nennwert von 1000 PM. ein Genußschein von 100 RM.

auf eine Schuldverschreibung im Nennwert von 500 PM. ein Genußschein von 50 RM.

Die Genußscheine mit 10 Gewinnanteilscheinen und einem Erneuerungsschein sind den Bezugsberechtigten bereits zugegangen.

Für das Jahr 1925 entfällt auf die Genußscheine ein Gewinnanteil von 4 %, der gegen Vorlage des Gewinnanteilscheins Nr. 1 unter Abzug von 10 % Kapitalertragssteuer mit 7,20 RM. für die Genußscheine über 200 RM., 3,60 RM. für die Genußscheine über 100 RM., 1,80 RM. für die Genußscheine über 50 RM., bei den auf dem Erneuerungsschein aufgeführten Zahlstellen ausgezahlt wird.

2. Gleichzeitig fordere ich die Besitzer von Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe, für die keine Altbesitzrechte geltend gemacht wurden, auf, ihre Schuldverschreibungen — ohne Zinsbogen — mit einem der Nummernfolge nach geordneten Verzeichnis im **Monat Aug. 1926 bei der Stadthauptkasse Mannheim** zur Abstempelung **als Neubesitz** mit dem Aufwertungsnennbetrag einzureichen.

3. Ein **Neudruck der Zinsbogen** zu den 4 % Oberrheinischen Eisenbahn A.-G.-Obligationen von 1911 **findet nicht statt.** Die Zinszahlung erfolgt, wie aus dem, den Schuldverschreibungen jeweils beigefügten Merkblatt ersichtlich, auf Grund der alten September-Zinsscheine am 1. Juli jeden Jahres bei den auf der Rückseite der Zinsscheine aufgeführten Zahlstellen. Die Märzzinsscheine sind wertlos. F.585

Mannheim, den 26. Juli 1926.
Der Oberbürgermeister.

12. Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolausmünsters in Ueberlingen a. B.

Bei der am 17. Juni 1926 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: **A. Gewinne von 100 bis 3000 Mark:** 359 (100), 2885 (3000), 9085 (100), 25236 (100), 34169 (100 u. Prämie 2000), 37014 (100). — **B. Gewinne zu 50 Mark:** 659 6610 15800 27545 29797 38068. — **C. Gewinne zu 20 Mark:** 1189 1616 4907 6724 11236 12358 12593 13178 21605 23684 24657 25537 26615 29908 30260. — **D. Gewinne zu 10 Mark:** 1379 2497 4509 6118 6211 6668 6750 8978 9478 12113 12815 13205 18691 19277 20145 20505 22636 23354 27536 29247 31206 32140 33868 34442 34902 35434 35844 35862 36280 39096. — **E. Gewinne zu 5 Mark:** 886 1333 2105 2492 2525 3098 3277 3735 4593 4760 4798 5129 5853 5985 6154 7528 7565 9233 9383 9395 9592 9704 10140 10344 12664 13238 13442 13668 14339 14412 15580 15814 16179 18004 18086 18179 18245 18816 18880 18907 20031 20906 21168 21497 21744 22244 22373 22474 24301 24402 25369 25629 25808 25864 25946 26478 26819 27450 27896 27945 29847 30828 30963 32114 33210 33761 34239 34787 34799 35581 36044 37630 38008 38312 38724 39016 39086 39429 39774 39991. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je **3 Mark:** 16 76 185 259 260 278 282 287 317 328 348 353 366 409 425 456 460 485 516 522 527 530 551 647 655 661 718 719 771 862 866 932 954 964 983. — Ferner gewinnen folgende Nummern **3 Mark:** 13899 24774 27583.

Die Auszahlung erfolgt durch

Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6

5. Geldlotterie zur Wiederherstellung des Heiligkreuzmünsters in Schwäb. Gmünd.

Bei der am 16. Juli 1926 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen. **A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark:** 13061 (5000 und Prämie 1000), 24752 (100), 36920 (100), 38306 (500), 43269 (100), 43692 (100), 59830 (100). — **B. Gewinne zu 50 Mark:** 2189 3208 7101 14067 18476 30921 33696 49370 51013 56670. — **C. Gewinne zu 20 Mark:** 645 5142 6590 7640 13183 13575 17618 18957 25409 26952 29079 30853 33351 34622 35649 37556 38795 38922 46948 48295 48938 50152 50693 52663 57383. — **D. Gewinne zu 10 Mark:** 1849 1930 2277 3145 4328 5172 6020 6457 8881 10272 11508 12539 14405 15013 19091 19557 20760 20797 21152 21208 21727 27593 28406 30531 30563 31465 32378 33339 34083 35127 35363 36929 38153 41763 42019 44246 44910 47383 47918 48859 51096 51696 53087 53306 54639 55672 56838 56846 56896 58619. — **E. Gewinne zu 5 Mark:** 668 773 805 1065 2319 2723 2778 3337 3796 4054 5976 6022 6196 7128 7136 7553 8659 9741 10475 10982 12761 12900 13585 14506 14960 19005 19396 20400 20718 20796 21230 21742 22108 22141 22496 22737 23004 23970 24236 25001 25512 26023 26105 27444 27638 27978 28253 28809 29199 29531 29949 30133 30378 30820 30920 32447 32731 32760 32845 32877 33571 34987 35066 36156 37638 42762 42870 43051 43416 44645 45020 45421 45540 46053 46062 46080 46299 47340 48602 49662 50218 50391 50492 50755 51874 53397 53578 53662 53776 53891 53977 54220 54604 55408 55535 55664 56365 56862 57230 58568. — Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je **3 Mark:** 13 16 25 40 75 87 90 111 123 191 235 250 269 336 391 426 450 466 467 521 548 553 632 643 648 728 790 804 814 827 870 906 947. — Ferner gewinnen folgende Nummern **3 Mark:** 630 10613 10719 11931 14436 15268 18278 19447 26035 29409 29820 34895 34900 37806 40789 41977 43939 45074 45973 46385 51068 51927 56751 58396 59101 59156.

Die Auszahlung erfolgt durch

Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6.

Trauerwagen

in gediegener und preiswerter Ausführung
stets vorrätig am Lager

Sanitätsautos u. Karosserien

in hygienisch modernster Ausführung

Lorcher Fahrzeugwerke G.m.b.H., Lorch/Württbg.
Beste Anerkennungen. Angebote und Bilder kostenlos F.424

Vergebung von Straßenbauarbeiten.

Wir vergeben namens des **Kreises Freiburg** im öffentlichen Wettbewerb zur Herstellung von rd. 4000 m Straße von km 3,0 Landstr. 53 (unterhalb Rotkreuz) bis Adler (Bärental)

rd. 35 000 cbm Erdbewegung,
rd. 4800 cbm Gestück,
rd. 2300 cbm Schotter,
rd. 1700 qm Böschungspflaster,
rd. 1300 cbm Stützmauern,
rd. 300 lfdm Zementrohre.

Angebote sind bis **9. August 1926, nachm. 6 Uhr** verschlossen mit der Aufschrift „Feldbergstraße" versehen hierher einzureichen. H.197

Die Eröffnung der Angebote findet daselbst um 2 Uhr nachm. statt.

Angebotsvordrucke sind gegen Entrichtung von 1 Mk. bei uns erhältlich, woselbst auch die Pläne u. Bedingungen eingesehen werden können.

Wasser- u. Straßenbauamt Bonndorf.

Maurer-, Steinhauer- und Eisenarbeiten für den Umbau der Unditzbrücke bei km 172,769 der Hauptbahn zwischen den Stationen Orschweier u. Ringsheim nach den bestehenden Verdingungsvorschriften öffentlich zu vergeben. Bedingnisheft und Zeichnungen im Dienstzimmer 5 der Bahnbauinspektion Freiburg, Wilhelmstr. 19, zur Einsicht. Daselbst Abgabe der Angebotsvordrucke (solange Vorrat) gegen Ersatz der Selbstkosten. Angebote verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis 14. **August 1926, vormittags 10 Uhr,** bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Freiburg, 31. Juli 1926. **Deutsche Reichsbahngesellschaft, Vorstand d. Bahnbauinspekt.** H.191

Die Verputz- u. Glaserarbeiten zum Güter-Zolldienstgebäude, d. Zimmer- (Los I u. II) und Schlosserarbeiten zu den Güter- u. Zollhallen im neuen Ortsgüterbahnhof Singen (Hohentwiel) werden nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften vom 1. 6. 24 öffentlich vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei uns und auf dem Baubüro im neuen Ortsgüterbahnhof Singen zur Einsicht auf. Daselbst werden auch die Angebotsvordrucke gegen Vergütung — nach auswärts nur gegen Voreinsendung des Betrages — abgegeben. (Verputz-, Schlosser- und Zimmerarbeiten Los II je 0,50 RM., Zimmerarbeiten Los II 0,60 RM. und Glaserarbeiten 0,95 RM.) Angebote sind verschlossen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am 14. **August l. J., vorm. 11 Uhr,** an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Konstanz, den 29. Juli 1926. **Deutsche Reichsbahn - Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.** H.192

Gleisumbauarbeiten zwischen den Bahnhöfen Renchen und Windschläg u. Hausach bis Schiltach in 4 Losen nach den vorläufig. Verdingungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. 6. 1924. Insgesamt 15 km, hiervon mit Altstoffen 9,4 km, nach Regelanordnung für Hauptbahnen zu vergeben. Verdingungsunterlagen hier zur Einsicht. Angebotsvordrucke gegen Kostenersatz von je 1 RM. — hier erhältlich. Angebote verschlossen, postfrei, mit Aufschrift, längstens bis zum Eröffnungszeitpunkt, **Montag, den 23. August 1926, 4 Uhr nachmittags.** Ablauf der Zuschlagsfrist 6. 9. 1926. Offenburg, 28. Juli 1926. **Deutsche Reichsbahn - Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion.** H.193

Das **Abwalzen v. Straßen und Plätzen** auf den Bahnhöfen der Neubaustrecke Oppenau—Bad Peterstal. Insgesamt 4840 m² mit Walze von höchstens 8 t Gewicht, jedoch keine Pferdewalze, 8570 m² mit Walze von 12—15 t Gewicht zu vergeben (einschließlich Gestellung der Walzen). Unterlagen, Bedingnisheft und Lagepläne auf dem Büro der Bauabteilung Oppenau in Oppenau einzusehen. Daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke zu 2 RM. in bar. Angebote bis spätestens 14. **August, vormittags 11 Uhr,** mit Aufschrift „Walzarbeiten" an die unterzeichnete Dienststelle. Zuschlagsfrist 2 Wochen. H.163

Oppenau, 27. Juli 1926.
Deutsche Reichsbahn - Gesellschaft, Vorstand der Bauabteilung Oppenau.

Güterrechtsregister.

Mannheim. H.188

Zum Güterrechtsregister Band XVI O.-Z. 11 wurde heute folgendes eingetragen: Hans Karl Blaß, Kaufmann und Charlotte geb. Benitz in Mannheim. Durch Vertrag vom 19. Juli 1926 ist Gütertrennung vereinbart.

Mannheim, 28. Juli 1926.
Amtsgericht. F. G. 4

Bühl. H.172

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 15: **Falk,** August, Mechaniker und Anna geb. Braun in Bühl. Vertrag vom 28. Juni 1926: Gütertrennung.

Bühl, 27. Juli 1926.
Bad. Amtsgericht II.

Schönau i. W. H.190

In das Güterrechtsregister Band II Seite 307 wurde eingetragen: **Walter Friedrich Fick,** Mechaniker in Todtnau und dessen Ehefrau Maria Josefine gb. Eiche. Durch Vertrag vom 22. Juli 1926 ist die Errungenschaftsgemeinschaft des BGB. vereinbart. Als Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 3 des Ehevertrags bezeichnete Vermögen erklärt.

Schönau i. W., 26. 7. 26.
Bad. Amtsgericht.

Wohnungs-Tausch-Zentrale F.518

Wohnungen und Zimmer vermittelt rasch

Büro Herbst
Zähringerstraße 31
Telephon 2871

Massagen Lichtbäder

(Ärztlich geprüft)

Monika Herrmann
Kaiserstraße 112 F.517

Metallbetten

Kinderbett., Stahlmatr., günstig an Private, Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Bienen-Schleuder-Honig

garantiert rein, naturecht, wunderbares, würziges Aroma.
10 Pfd. Eimer M. 13.70 franko Nachnahme
Garantie: Zurücknahme
Strube, Schwarzenbach
bei Todtmoos (bad. Schw.)

Druck G. Braun, Karlsruhe